

PRESSEERKLÄRUNG

dowas Jahresbericht 2016/2017: „Es ist die Wirtschaftspolitik, nicht die soziale Hängematte!“ 2016 noch einmal Rekordzahlen – aber Rückgänge im 1. Halbjahr 2017

Bei den im Rahmen der Mindestsicherung betreuten KlientInnen verzeichnete dowas im Jahr 2016 ein neues Allzeithoch: 1.226 KlientInnen waren rund 21 Prozent mehr als 2015 (1.107). Im 1. Halbjahr 2017 gab es dann einen Rückgang von knapp 6 Prozent gegenüber dem 1. Halbjahr 2016 (siehe Tabellen 1 und 2 in der Beilage). Dies ist abgesehen von einer leichten Delle im Jahr 2012 der erste merkliche Rückgang im ansonsten kontinuierlichen Anstieg seit 2008 (siehe Grafik 1 in der Beilage).

Die Zuwächse der Jahre 2016 und 2015 waren nahezu ausschließlich der hohen Flüchtlingszuwanderung geschuldet. Gleichwohl war die Hälfte des gesamten Anstiegs seit 2008 (+ 182 Prozent) bereits im Jahr 2014 und damit vor Beginn der starken Flüchtlingszuwanderung erreicht, hatte also hausgemachte Ursachen (siehe Grafik 1 in der Beilage). Diese Entwicklungen bei dowas sind vor allem deshalb interessant, weil sie in den vergangenen Jahren stets ein guter Indikator für Tendenzen in der Mindestsicherung insgesamt waren.

Gründe für die rückläufigen Zahlen im 1. Halbjahr 2017

Für die rückläufigen Zahlen des 1. Halbjahres 2017 lassen sich zwei sehr plausible Ursachen ausmachen:

Zum einen ging die Zahl der betreuten Flüchtlinge mit 8 Prozent überdurchschnittlich stark zurück. Da dowas nur die anerkannten Flüchtlinge betreut, spiegelt sich darin zeitverzögert die 2016 gesunkene Zuwanderung wider, während die hohe Zuwanderung des Jahres 2015 den massiven Anstieg der dowas-KlientInnenzahlen im Jahr 2016 zur Folge hatte. Zusätzlich hat sich mittlerweile laut Information des Flüchtlingsbeauftragten der Landesregierung, Anton Strini, die Vermittlung von anerkannten Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt merklich verbessert. Auch dies wirkt sich auf die Betreuungszahlen bei dowas aus.

Noch stärker war allerdings der Rückgang von 12 Prozent bei den österreichischen StaatsbürgerInnen. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine auffällige Parallele zu den (Ganzjahres-) Zahlen des Jahres 2012. Auch in diesem Jahr gab es bei dowas einen leichten Rückgang der Betreuungszahlen und eine merkliche Abschwächung des Zuwachses bei den BezieherInnen von Mindestsicherung allgemein. Dabei scheint der Rückgang im ersten Halbjahr 2017 sogar ausgeprägter als der 2012 zu sein (siehe Grafik 1). Es liegt nahe, beides mit der in den jeweiligen Vorjahren erfolgten wirtschaftlichen Erholung in Verbindung zu bringen: 2011 war das einzige Jahr in der gut achtjährigen wirtschaftlichen Dauerkrise, in dem es ein kurzes konjunkturelles Zwischenhoch gab, das dann allerdings nur von kurzer Dauer war. Und auch in 2016 begann eine wirtschaftliche Erholung, die den aktuellen Konjunkturberichten zufolge noch andauert und damit kräftiger zu sein scheint als 2011.

Die Folge davon ist ein **merklicher Aufbau von Beschäftigung in Vorarlberg**, nach langer Zeit sogar wieder einmal bei Vollzeitarbeitsstellen. Vor allem wurde auch das Arbeitsvolumen in der Warenproduktion und im Baugewerbe ausgeweitet, so dass in diesen Branchen nach 17 langen Jahren das Niveau des Jahres 2000 wieder erreicht und wohl sogar überschritten sein dürfte. In beiden Branchen gibt es traditionell einen **Bedarf an Hilfsarbeitskräften**, was gerade den gering Qualifizierten zugutekommt. Nicht umsonst ist nach Auskunft des AMS im laufenden Jahr auch die **Zahl der Langzeitarbeitslosen erstmals seit langem leicht gesunken**.

Zwar ist nur ein relativ geringer Teil der MindestsicherungsbezieherInnen tatsächlich arbeitsfähig (ca. ein Drittel), aber zumindest auf diesen Teil müsste sich die Arbeitsmarktbelegung auswirken und somit die Gesamtzahlen der Mindestsicherung einbremsen. Insofern spricht einiges für die Hypothese, dass auch die **gesunkenen KlientInnenzahlen von dowas** im ersten Halbjahr 2017 mit der **wirtschaftlichen Erholung** in Zusammenhang stehen und diese Erholung mit einer durchaus üblichen Zeitverzögerung von rund einem Jahr für den Rückgang sowohl bei den Flüchtlingen, als auch bei den österreichischen StaatsbürgerInnen hauptverantwortlich ist.

Schlechte Analyse – falsche Wirtschaftspolitik – wirkungslose Sozialpolitik

Das wäre ein Schlag ins Kontor all jener, die die gestiegenen Sozialausgaben speziell in der Mindestsicherung einer um sich greifenden „Sozialen-Hängematten-Mentalität“ der BezieherInnen zuschreiben und daraus den Schluss ziehen, man müsse Leistungen kürzen, um den „Anreiz“ zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Es wäre ein Beleg für die von dowas und der Vorarlberger Armutskonferenz mehrfach geäußerte Kritik, **dass vor allem eine mangelhafte Wirtschaftspolitik für die finanziellen Schwierigkeiten in den Sozialsystemen allgemein und die starken Zuwächse in der Mindestsicherung verantwortlich ist - nicht ein angeblicher Drang von LeistungsbezieherInnen in eine „soziale Hängematte“**. Die in Vorarlberg bis dato getroffenen Maßnahmen zur **Kostensenkung in der Mindestsicherung müssen vor diesem Hintergrund als völlig verfehlt bezeichnet werden**.

Es wären demzufolge Millionen von Euro verschleudert wurden, weil man in Zeiten einer achtjährigen wirtschaftlichen Krise unbedingt die öffentlichen Haushalte sanieren und ausgeglichene Budgets präsentieren wollte, statt konjunkturpolitisch aktiv gegenzusteuern. Dass selbst eine nicht sonderlich gelungene Steuerreform in Österreich zu einer wirtschaftlichen Erholung geführt hat, die nun schon länger anhält als von allen Wirtschaftsforschungsinstituten noch Anfang des Jahres erwartet und die wesentlich durch die private Nachfrage getragen wird, verdeutlicht, dass man **2011 viel zu früh die konjunkturstützenden Maßnahmen zurückgefahren und auf Sparkurs umgeschaltet hat**.

In jedem Fall wird man sehr genau prüfen müssen, ob die sehr wahrscheinlich eintretende Entspannung bei den Mindestsicherungsausgaben tatsächlich etwas mit dem **neuen Mindestsicherungsgesetz** zu tun hat oder auch ohne diese überflüssige Belastung für die Betroffenen eingetreten wäre. Und man wird beobachten müssen, wie sich die für 2018 erwartete Konjunkturabschwächung auf die Entwicklung der Zahlen in der Mindestsicherung auswirkt.

Bregenz, den 13.10.2017

Verantwortlich:

Michael Diettrich (Geschäftsführer), Sandgrubenweg 4, 6900 Bregenz
Rückfragen unter 0650 92 36 922 oder michael.diettrich@dowas.at

Beilage zur Presseerklärung vom 13.10.2017

Tabelle 1: betreute KlientInnen im Jahr 2016 (Mindestsicherung & integra)

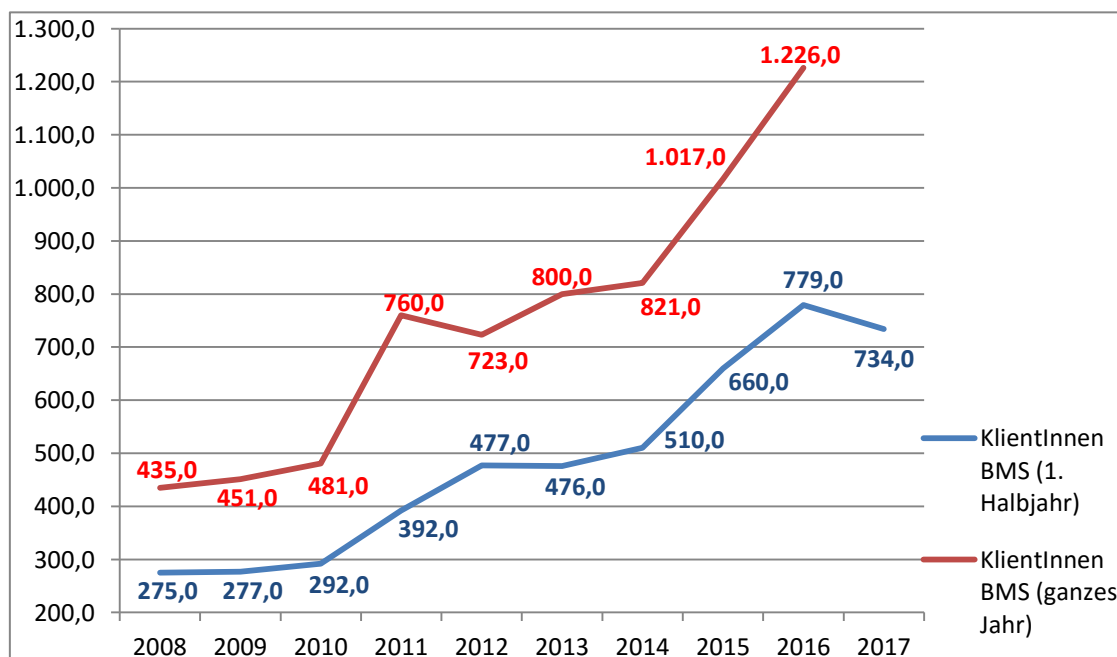
	Anzahl		Differenz zum Vorjahr
	2016	2015	
von dowas betreute KlientInnen insgesamt	1.424	1.183	+20,4%
männlich	1.000	824	+21,4%
weiblich	424	359	+18,1%
davon			
über Mindestsicherung betreute KlientInnen*	1.226	1.017	+20,6%
davon männlich	922	754	+22,3%
davon weiblich	304	263	+15,6%
davon			
über integra betreute KlientInnen*	291	225	+29,3%
männlich	147	109	+34,9%
weiblich	144	116	+24,1%

*einschl. Doppelbetreuungen, die sowohl bei integra, als auch über Mindestsicherung betreut wurden

Tabelle 2: über Mindestsicherung betreute KlientInnen im 1. Halbjahr 2017

	2017 1. HJ	2016 1. HJ	Differenz zum Vorjahr
KlientInnen insgesamt	734	779	-5,8%
männlich	549	588	-6,6%
weiblich	185	191	-3,1%

Grafik 1: über Mindestsicherung betreute KlientInnen 2008 bis 2016/2017



Quelle: <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2872010/>

DOWAS eröffnet neues Zentrum

Seit 35 Jahren kümmert sich der Verein Dowas um obdachlose und arbeitslose Menschen. Am Freitag wurden die neuen Räumlichkeiten in Bregenz eröffnet mit elf Notschlafplätzen und fünf Wohnungen. Dabei zog der Verein auch Halbjahresbilanz.

Noch im vergangenen Jahr verzeichnete DOWAS mit der Betreuung von 1.226 Mindestsicherungs-Klienten einen Rekordwert. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sanken die Zahlen deutlich, nämlich um insgesamt sechs Prozent. DOWAS-Geschäftsführer Michael Diettrich führt dies auf den wirtschaftlichen Aufschwung zurück.

Wirtschaftsaufschwung bestimmt Klientenzahl

Seit 2008 sei die Zahl der Klienten durchgehend gestiegen, nur das Jahr 2012 sei ein Ausreißer gewesen. Damals gab es einen wirtschaftlichen Aufschwung, so Diettrich. Das sei eine Parallele zum Jahr 2017. Das sei ein klarer Beleg dafür, dass es nicht um die soziale Hängematte gehe, in die angeblich massenhaft die Leute strebten. Es komme allein auf die Wirtschaft an und die wirtschaftliche Entwicklung, so Diettrich.

„Sparpolitik ist ein Fehler“

In den vergangenen fünf Jahren wurden aus Diettrichs Sicht in der Wirtschaftspolitik schwere Fehler gemacht. Man habe viel zu schnell wieder auf Sparpolitik umgeschaltet, auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Dabei habe man vergessen, dass man in einer Marktwirtschaft Nachfrage brauche, nach dem, was man produziert. Nun biete der wirtschaftliche Aufschwung auch Niedrigqualifizierten wieder Arbeitsplätze, sagt Diettrich.

Teure Wohnungen bringen neue Abhängigkeiten

Für eine anhaltende Entspannung der Armutssituation im Land wären aber vor allem Wohnungen, die man sich leisten kann, notwendig, sagt der DOWAS-Vorsitzende Peter Niedermair. Die hohen Quadratmeterpreise in Vorarlberg seien unverschämte, kritisiert Niedermair. „Das kann sich niemand mehr leisten. Da werden permanent neue Abhängigkeiten von Menschen geschaffen, die dann nicht mehr wissen, wie sie das finanzieren.“

Dowas wird Anfang nächsten Jahres in Lauterach eine Wohnanlage für Wohnungslose errichten. Dort sollen zwischen zehn und 16 neue Wohneinheiten entstehen.

Publiziert am 13.10.2017

Quelle: <http://www.vol.at/vorarlberg-dowas-eroeffnet-neuen-standort/5507393>

Vorarlberg: “dowas” eröffnet neuen Standort

13. Oktober 2017 13:36



Im Bregenzer Sandgrubenweg eröffnete der neue Standort der "dowas". - © VLK/Serra

Am Freitag eröffnete der neu bezogene Standort der Sozialeinrichtung “dowas” im Sandgrubenweg in Bregenz. Sämtliche Beratungs- und Hilfsangebote können ab sofort unter einem gemeinsamen Dach in Anspruch genommen werden.

Beim Festakt bedankten sich Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker und der für Integration zuständige Landesrat Erich Schwärzler bei allen Mitarbeitenden für die unverzichtbare Arbeit: “Aus dem dicht gewobenen sozialen Netz des Landes ist ‘dowas’ heute nicht wegzudenken.”

Neue Perspektiven und Chancen

Der Verein “Dowas – Der Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende” eröffnet Menschen in schwierigen Lebenssituationen neue Perspektiven und Chancen und zeigt Auswege auf. Es gehe darum, all jenen kompetente Hilfe zu leisten, die Gefahr laufen, den gesellschaftlichen Anschluss zu verlieren, hielt Wiesflecker in ihren Grußworten fest: “Die niederschweligen

Angebote ermöglichen es, wieder Halt und den Weg zurück in ein geregeltes Leben zu finden”.

Flüchtlinge aufgenommen

Integrationslandesrat Schwärzler würdigte die Rolle der Sozialeinrichtung “dowas” bei der Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme im Jahr 2015. Etwa ein Drittel der Klientinnen und Klienten, die von der Einrichtung damals betreut wurden, waren Konventionsflüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte. “Mit diesem Einsatz hat ‘dowas’ ebenso dazu beigetragen, dass in Vorarlberg der schwierigen Aufgabenstellung mit Anstand und Menschlichkeit begegnet worden ist”, betonte Schwärzler.

(VLK)

Quelle:

<http://www.vol.at/nach-dowas-jahresbericht-spoe-kritisiert-kuerzung-der-mindestsicherung/5507527>

Nach Dowas-Jahresbericht: SPÖ kritisiert Kürzung der Mindestsicherung

13. Oktober 2017 14:09 Akt.: 13. Oktober 2017 14:14



Einwallner kritisiert die Kürzung der Mindestsicherung. - © Steurer

Die SPÖ Vorarlberg will im heute veröffentlichten Jahresbericht der Notschlafstelle DOWAS eine vernichtende Kritik an der Sozialpolitik des Landes erkennen. Anhand von konkreten Zahlen werde dort nachgewiesen, dass es weder eine „Zuwanderung in unser Sozialsystem“ noch eine Tendenz zum Verweilen in der „Soziale Hängematte“ gebe. Doch genau damit soll von ÖVP und Grünen die Kürzung der Mindestsicherung als Notwendigkeit argumentiert worden sein.

Tatsächlich hängt die steigende Zahl an Sozialhilfeempfängern der letzten Jahre laut der Interpretation der Sozialdemokraten aber direkt mit der schwächelnden Konjunktur zusammen.

Schuldumkehr durch Landesregierung?

Umgekehrt führe laut SPÖ die brummende Wirtschaft jetzt dazu, dass weniger Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. „Die Behauptung von den explodierenden Sozialkosten stellen sich damit als Märchen heraus. Steigende Sozialkosten stehen in

direktem Zusammenhang mit einer mangelhaften Wirtschaftspolitik. ÖVP und Grüne haben die Kürzung der Mindestsicherung aber als finanzpolitische Notwendigkeit dargestellt“, kritisiert SPÖ-Spitzenkandidat Reinhold Einwallner. „Tatsächlich handelt es sich dabei um den Versuch, Menschen, die aufgrund der generellen Wirtschaftslage in Not geraten sind, für die eigenen wirtschaftspolitischen Versäumnisse verantwortlich zu machen. Das ist eine klassische Schuldumkehr. Der DOWAS-Bericht entzieht der Kürzung der Mindestsicherung vollständig den Boden. Diese Art des Sozialabbaus hätte nie passieren dürfen“, resümierte der Sozialdemokrat.

Vermögens- und Erbschaftssteuern seien eine nachhaltige Lösung

Ärgerlich sei die Herangehensweise der Landesregierung auch, weil damit der Blick auf die wirklichen finanzpolitischen Herausforderungen verdeckt wird. „In Österreich sitzt das reichste Prozent auf einem Vermögen von 543 Milliarden Euro. Die Mindestsicherung hat im vergangenen Jahr gerade einmal eine Milliarde Euro gekostet und ist damit nicht ansatzweise budgetrelevant. Man muss kein Genie sein, um angesichts dieser beiden Fakten auf eine echte Lösung zu kommen: Vermögen gehört fair besteuert, damit die Kluft zwischen Reich und Arm nicht noch größer wird. Doch gerade das ignoriert die ÖVP konsequent“, erklärte Einwallner. Er fordert die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Vorschneller Sparkurs

Dowas kritisiert Kürzung der Mindestsicherung als völlig verfehlt.

BREGENZ „Es ist die Wirtschaftspolitik, nicht die soziale Hängematte.“ Mit einem Satz erklärt Dowas-Geschäftsführer Michael Diettrich den Grund für das Explodieren der

Sozialausgaben speziell in der Mindestsicherung. Und er belegt seine These mit Zahlen aus dem aktuellen Jahresbericht. 2016 wurden im Rahmen der Mindestsicherung

1226 Klienten betreut. Das bedeutete ein Allzeithoch. Im ersten Halbjahr 2017 setzte eine Trendumkehr ein. Die Mindestsicherungsbeziehungen gingen um sechs Prozent zu-

rück, was Diettrich in erster Linie mit der boomenden Wirtschaft in Zusammenhang bringt. 2011 sei vorschnell auf Sparkurs umgeschaltet worden, lautet seine Kritik. »A6

Absage an Hängemattenmentalität

Zahl der Mindestsicherungsbezieher im Dowas rückläufig.

BREGENZ Ein richtiges Schmuckstück ist es geworden, das Haus im Sandgrubenweg 4 in Bregenz, in dem seit gut eineinhalb Monaten das Dowas seine neue Bleibe hat. Die Frage, wie in der Ausgestaltung mit Armut umgehen, ließen die Verantwortlichen ihre Klienten selbst beantworten. Die drückten ihre Wünsche in Fotos aus und dokumentierten darauf die Sehnsucht nach einem normalen Leben. So stellt sich das Dowas auch dar: helle Räume, warme Farben, gediegenes Mobiliar. „Die Menschen, die zu uns kommen, sollen sich wohl und willkommen fühlen“, sagte Dowas-Vorsitzender Peter Niedermair anlässlich der gestern, Freitag, erfolgten offiziellen Eröffnung.

Abwärtstrend

Auch Geschäftsführer Michael Diettrich konnte in seinem Eineinhalb-Jahresbericht mit erfreulichen Daten aufwar-

ten, zumindest was 2017 betrifft. Allerdings fokussierte er seine Ausführungen bewusst auf die betreuten Mindestsicherungsbezieher, denen bekanntlich immer wieder einmal ein Drang in die soziale Hängematte unterstellt wird. Schrieb das Dowas bei diesen Klienten 2016 noch Rekordzahlen, setzte heuer ein Abwärtstrend ein, der im ersten Halbjahr bei sechs Prozent lag. Bei österreichischen Staatsbürgern betrug der Rückgang sogar zwölf Prozent. Diettrich brachte diese Entwicklung vor

allem in Zusammenhang mit der boomenden Wirtschaft: „Es gibt mehr Beschäftigung, einen Zu-

„Die Kürzung der Mindestsicherung war eine verfehlte Maßnahme.“

Michael Diettrich
Dowas-Geschäftsführer

wachs an Vollzeitstellen, und das Arbeitsvolumen in der Warenproduktion sowie im Baugewerbe stieg deutlich an“, untermauerte er seine Hypothese. Gerade diese Branchen hätten einen enormen Bedarf an Hilfsarbeitskräften.

Mangelhafte Wirtschaftspolitik

Demzufolge ist aus seiner Sicht nicht die Hängemattenmentalität für die Explosion bei den Sozialausgaben, speziell der Mindestsicherung, verantwortlich, sondern, wie Diettrich anmerkte, eine mangelhafte Wirtschaftspolitik. Viel zu früh sei 2011 auf Sparkurs umgeschaltet worden. Die Kürzung der Mindestsicherung müsse daher als völlig verfehlt bezeichnet werden. „In jedem Fall wird man sehr genau prüfen müssen, ob die Entspannung bei den Mindestsicherungsausgaben

tatsächlich etwas mit dem neuen Mindestsicherungsgesetz zu tun hat oder ob sie auch ohne diese überflüssige Belastung für die Betroffenen eingetreten wäre“, meinte der Dowas-Geschäftsführer.

Nach dem Bezug des neuen Hauses, das um gut 600.000 Euro renoviert wurde, plant der Verein Dowas schon das nächste Projekt. Ein Objekt in Lauterach, in dem derzeit eine Wohngemeinschaft untergebracht ist, wird ab Jänner um- und ausgebaut. Weil das Land keine stationären Einrichtungen mehr will, sollen zehn Wohneinheiten für Obdachlose entstehen. Roswitha Steger, die Initiatorin des Dowas, freute sich ob der positiven Entwicklungen: „Wir stehen heute wirklich gut da.“ **VN-MM**

DOWAS: FAKTEN 2016/17

BETREUTE KLIENTEN gesamt 1424

(+20,4 Prozent gegenüber 2015)

ÜBER MINDESTSICHERUNG 1226

(+20,6 Prozent gegenüber 2015)

MINDESTSICHERUNGSKLIENTEN 1.

HALBJAHR 2017 734 (-5,8 Prozent gegenüber 2016)

KLIENTEN NOTSCHLAFSTELLE 2016 272

ÜBERNACHTUNGEN 2016 3058

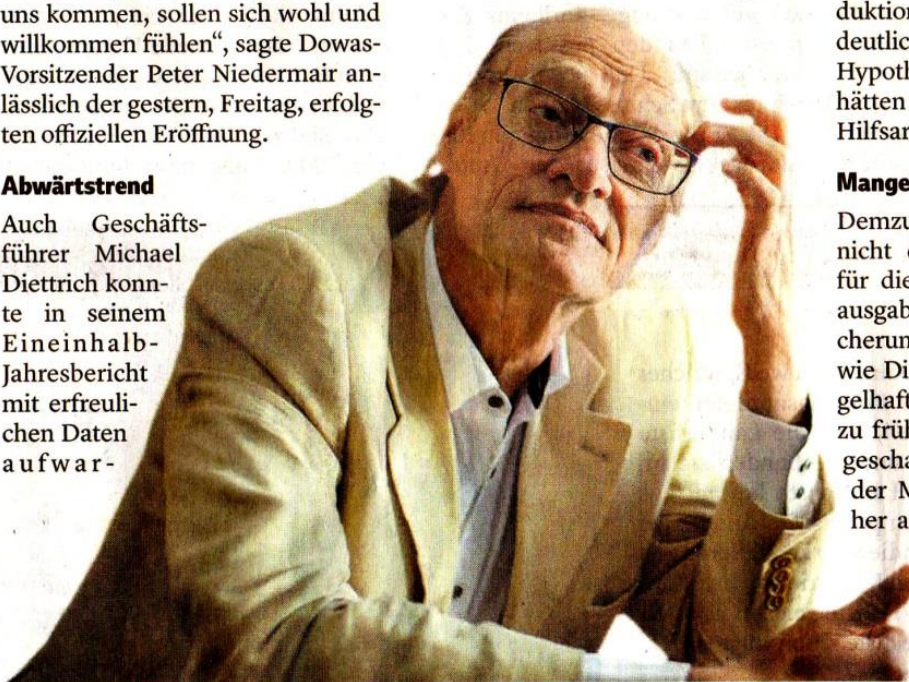
KLIENTEN NOTSCHLAFSTELLE 1.

HALBJAHR 2017 151

ÜBERNACHTUNGEN 1. HALBJAHR 2017

1412

TREFFPUNKT 2016 9348 Besuche





Dowas-Geschäftsführer Michael Diettrich vor dem neuen Standort der Sozialeinrichtung im Sandgrubenweg. DIETMAR STIPLOVSEK



Vor Kurzem konnten die umgebauten Räumlichkeiten, die viel mehr Platz bieten, bezogen werden. VLK/SERRA(2)

Dowas verzeichnet heuer Rückgänge

Weniger Menschen als im Vorjahr haben im ersten Halbjahr des heurigen Jahres Hilfe beim Wohnungslosenhilfsverein Dowas in Bregenz gesucht.

Von Brigitte Kompatscher

Noch bevor der neue Standort des Dowas in Bregenz gestern offiziell eröffnet wurde (siehe rechts), luden die Verantwortlichen zur Präsentation des Jahresberichtes 2016/17. Und der – genau genommen ist es ja eine Eineinhalbjahresbilanz – weist eine doch recht erfreuliche Entwicklung auf.

Im vergangenen Jahr 2016 hatte die Sozialeinrichtung mit 1226 über Mindestsicherung betreuten Klienten noch eine „absolute Rekordzahl“, wie es Geschäftsführer Michael Diettrich formulierte, zu verzeichnen – um über zwanzig Prozent mehr als im Jahr davor. „In den

vergangenen zwei Jahren kam der Zuwachs hauptsächlich von Flüchtlingen“, erläuterte Diettrich. Allerdings stamme die Hälfte des Zuwachses an betreuten Menschen seit 2008 aus den Jahren 2008 bis 2014, also bevor die Flüchtlinge in großer Anzahl kamen: „Das ist hausgemacht.“

Aufschwung. Nicht unbedingt erwartet, gab es allerdings im ersten Halbjahr 2017 merkliche Rückgänge in Beratungs- und Notschlafstelle – um knapp sechs Prozent im Vergleich zum Halbjahr des Vorjahres. Das habe einerseits mit geringeren Flüchtlingszahlen zu tun, aber nicht nur. Denn von den Rück-

gängen seien österreichische Staatsbürger mit zwölf Prozent minus noch viel stärker betroffen. „Wir hatten das auch im Jahr 2012 schon einmal“, berichtete der Dowas-Geschäftsführer. Gemeinsam sei beiden Rückgängen, dass es im Jahr davor einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben hatte. „Dessen Auswirkungen treffen bei uns immer mit Verzögerung ein.“

„In Vorarlberg gibt es derzeit deutlich mehr Beschäftigte und das Arbeitsvolumen in der Warenproduktion, im Bau und in der Industrie hat zugenommen“, sagte Diettrich. Bereiche, in denen es auch einen Bedarf an Hilfsarbeitskräften und Geringqualifizierten gebe. In dem Zu-

sammenhang gab der Geschäftsführer zu bedenken, dass nur etwa ein Drittel der Mindestsicherungsbezieher auch wirklich arbeitsfähig ist – aber auf diesen Teil wirkt sich, seiner Ansicht nach, die Arbeitsmarktbelebung nun sichtbar aus.

Wirtschaftspolitik. Die aktuelle Entwicklung belegt für Diettrich, worauf er seit Jahren unermüdlich hinweist: „Da legen sich nicht massenhaft Menschen in die soziale Hängematte, denen man die Leistungen kürzen muss, sondern es sind die Arbeitsplätze nicht da.“ Oder wie es der Dowas-Chef frei nach Bill Clintons Wahlkampf-Slogan „It's the economy, stupid“ in eine Schlagzeile verpackt: „Es ist die Wirtschaftspolitik, nicht die soziale Hängematte.“

Dass er kein Freund eines

staatlichen Sparkurses ist, betonte Diettrich auch gestern: „Wir hatten in den letzten Jahren eine völlig falsche Wirtschaftspolitik“, so sein Fazit. Den jetzigen Aufschwung sieht er in der Steuerreform des vergangenen Jahres und einem damit einhergehenden gestiegenen privaten Konsum begründet. Letzterer sinke allerdings, wenn jetzt Sozialleistungen gekürzt und die Löhne nicht entsprechend erhöht würden, warnte er auch in Hinblick auf die morgige Wahl.

Weitere Rückgänge bei der Anzahl der Dowas-Klienten seien auch im heurigen dritten Quartal zu verzeichnen, informierte Diettrich abschließend. Allerdings gebe es dort „Verzerrungen“, weil in diesem Zeitraum der Umzug in das neue Gebäude am Sandgrubenweg erfolgt ist.

Ein Platz für Menschen in schwierigen Lebenssituationen

Im neuen Gebäude im Sandgrubenweg sind nun alle Dowas-Stellen an einem Ort zusammengefasst.

„Aus dem dicht gewobenen sozialen Netz des Landes ist Dowas heute nicht wegzudenken“. Das betonten Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker und der für Integration zuständige Landesrat Erich Schwärzler gestern Vormittag bei der Eröffnung des neu bezogenen Standorts der Sozialeinrichtung im Sandgrubenweg. Sämtliche Beratungs- und Hilfsangebote können ab sofort unter einem gemeinsamen Dach in Anspruch genommen werden.

Der Verein „Dowas – Der Ort für Wohnungs- und Arbeitssuchende“ eröffne Menschen in schwierigen Lebenssituationen neue Perspektiven und Chancen und zeige Auswege auf, heißt es vonseiten des Landes. Es gehe darum, all jenen kompetente Hilfe zu leisten, die Gefahr laufen, den gesellschaftlichen Anschluss zu verlieren, hielt Wiesflecker in ihren Grußworten fest. Schwärzler würdigte die Rolle der Sozialeinrichtung bei der Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme im Jahr 2015.

Im neuen Haus stehen nun 920 Quadratmeter Fläche zur Verfügung. Der Personalstand umfasst 26 Mitarbeiter und vier Zivildienstler. Im Gebäude befinden sich neben elf Notschlafplätzen auch sechs Wohnplätze in fünf Wohnungen. Drei davon sind derzeit vergeben. „Dass

es erst drei sind, hat damit zu tun, dass unser Küchenbauer insolvent wurde und wir noch keine Küchen haben“, erläuterte Geschäftsführer Michael Diettrich. Insgesamt betragen die Kosten für den Umbau des Hauses, dessen Eigentümer die Stadt Bregenz ist, an die 620.000 Euro. Dazu kommen Umzugskosten in der Höhe von etwa 160.000 bis 180.000 Euro. Vom Land gab es eine Förderung in der Höhe von 280.000 Euro.

Mit der Stadt wurde ein Mietvertrag über zwanzig Jahre abgeschlossen, wobei die Miete marktgerecht sei: Konkret wird eine Nettomiete von 6,88 Euro pro Quadratmeter gezahlt, informierten Vereinsobmann Peter Niedermair und Diettrich. Das führe dazu, dass der Verein auch in den Wohnungen Mieten verlangen müsse, die nicht weit unter jenen des freien Marktes liegen.

Weitere Wohnungen werden indes in der Riedstraße in Lauterach geschaffen. Dort musste die stationäre Wohngemeinschaft des Dowas in eine ambulante umgewandelt werden, was sich als nicht wirklich funktionierend herausgestellt hat. Daher sollen dort ab Anfang kommenden Jahres zehn Wohneinheiten á 35 Quadratmeter errichtet werden – nach Plänen von Baumschlagler Eberle und in Modulbauweise.

vlk/Kompatscher



Gestern wurde der neue Dowas-Standort offiziell eröffnet.

REAKTION

„Kritik an der Landes-Sozialpolitik“

Die SPÖ Vorarlberg erkennt im aktuellen Jahresbericht des Dowas (siehe rechts) laut einer Aussendung „eine vernichtende Kritik an der Sozialpolitik des Landes“. Anhand von konkreten Zahlen werde dort nachgewiesen, dass es weder eine „Zuwanderung in unser Sozialsystem“ noch eine Tendenz zum Verweilen in der „Sozialen Hängematte“ gebe. Doch genau damit sei von ÖVP und Grünen die Kürzung der Mindestsicherung als Notwendigkeit argumentiert worden. Tatsächlich hänge die steigende Zahl an Sozialhilfeempfängern der vergangenen Jahre aber direkt mit der schwächelnden Konjunktur zusammen.

„Die Behauptung von den explodierenden Sozialkosten stellt sich damit als Märchen heraus. Steigende Sozialkosten stehen in direktem Zusammenhang mit einer mangelhaften Wirtschaftspolitik. ÖVP und Grüne haben die Kürzung der Mindestsicherung aber als finanzpolitische Notwendigkeit dargestellt“, ärgert sich SPÖ-Spitzenkandidat Reinhold Einwallner laut Aussendung. Und weiter: „Tatsächlich handelt es sich dabei um den Versuch, Menschen, die aufgrund der generellen Wirtschaftslage in Not geraten sind, für die eigenen wirtschaftspolitischen Versäumnisse verantwortlich zu machen.“

Die Herangehensweise der Landesregierung verdecke laut Einwallner den Blick auf die wirklichen finanzpolitischen Herausforderungen: „In Österreich sitzt das reichste Prozent auf einem Vermögen von 543 Milliarden Euro. Die Mindestsicherung hat im vergangenen Jahr gerade einmal eine Milliarde Euro gekostet und ist damit nicht ansatzweise budgetrelevant.“ Daher fordert der SPÖ-Kandidat erneut Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Bessere Konjunktur, weniger Obdachlose

Dowas Bregenz: Weniger Klienten, weil mehr Hilfsarbeitskräfte gesucht werden

Bregenz – Auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte profitieren vom Konjunkturaufschwung. Sichtbar wird das in der Statistik des Bregenzer Dowas. Die Wohn- und Betreuungseinrichtung für Wohn- und Arbeitssuchende verzeichnet rückläufige Zahlen. Das sei durchaus erfreulich und auf die bessere Wirtschaftslage zurückzuführen, sagt Geschäftsführer Michael Dietrich.

Die Zahl jener Klientinnen und Klienten, die Mindestsicherung

beziehen, sank im ersten Halbjahr 2017 um 5,8 Prozent. Doppelt so hoch ist der Rückgang bei österreichischen Staatsbürgerinnen und -bürgern.

Dietrich sieht den Grund dafür im wirtschaftlichen Aufschwung: Es werden mehr Hilfsarbeitskräfte gesucht, die Zahl von Vollzeitarbeitsplätzen sei gestiegen. Euphorie sei dennoch nicht angebracht: „Wir befinden uns, was die Anzahl der Arbeitsstunden betrifft, nun wieder auf dem Niveau

von 2000.“ Werden mehr Vollzeitstellen angeboten, sinke die Zahl der sogenannten Aufstocker, jener Menschen, die zu ihrem Einkommen aus Erwerbsarbeit zusätzlich zur Existenzsicherung staatliche Unterstützung brauchen.

„Das ist wohl ein Schlag ins Kontor jener, die so gerne von der sozialen Hängematte sprechen und für Leistungskürzungen als Anreiz für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit plädieren“, sagt Dietrich. Nicht Hängemattenmentalität führe zu steigenden Sozialausgaben, sondern eine verfehlte Wirtschaftspolitik. „Viel zu früh wurden 2011 konjunkturstützende Maßnahmen zurückgefahren und auf Sparkurs umgeschaltet“, präzisiert Dietrich.

2016 betreute das Dowas 1424 Menschen, 1226 davon bezogen Mindestsicherung. Im ersten Halbjahr 2017 wurden 734 Menschen betreut.

Ein neues Haus für Dowas

Die niederschwellige Betreuungs- und Beratungseinrichtung besteht seit 36 Jahren. Erstmals seit Vereinsgründung hat das Dowas nun einen Standort, der den Bedürfnissen der 30 Beschäftigten und der Klientinnen und Klienten entspricht. Von der Stadt Bregenz wurde ein altes Haus angemietet und um 800.000 Euro renoviert.

Treffpunkt, Beratungsräume, Notschlafstellen und sechs kleine Appartements sowie die Verwaltung finden dort Platz. Für die 920 Quadratmeter Nutzfläche bezahle man der Stadt einen marktüblichen Mietzins von 6,88 Euro pro Quadratmeter netto, sagt Dietrich. Diesen Preis müsse man leider auch von den Mietern der Dowas-Wohnungen verlangen, sagt Dietrich. Finanziert werden die Mieten dann wiederum aus der Mindestsicherung. (jub)